

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition

Detailberatung – Discussion par articles

A. Bundesbeschluss über die Finanzierung eines neuen Darlehens an die Immobilienstiftung für die internationalen Organisationen (Fipoi) in Genf zur Erstellung eines neuen Verwaltungsgebäudes zugunsten des Cern

A. Arrêté fédéral concernant le financement d'un nouveau prêt à la Fondation des immeubles pour les organisations internationales (Fipoi) à Genève en vue de la construction d'un immeuble administratif pour le Cern

Titel und Ingress, Art. 1, 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1, 2

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes

32 Stimmen
(Einstimmigkeit)

B. Bundesbeschluss über die Gewährung eines Darlehens an die Immobilienstiftung für die internationalen Organisationen (Fipoi) in Genf zur Finanzierung eines Plankreditbeschlusses zugunsten der Weltorganisation für Meteorologie (WMO)

B. Arrêté fédéral concernant l'octroi d'un prêt à la Fondation des immeubles pour les organisations internationales (Fipoi) à Genève en vue du financement d'un crédit d'études pour un bâtiment administratif de l'OMM

Titel und Ingress, Art. 1, 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1, 2

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes

33 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Nationalrat – Au Conseil national

93.047

KSZE. Uebereinkommen über Vergleichs- und Schiedsverfahren. Verträge mit Polen und Ungarn

CSCE. Convention relative à la conciliation et à l'arbitrage. Traités avec la Pologne et la Hongrie

Botschaft und Beschlussentwurf vom 19. Mai 1993 (BBI II 1153)
Message et projet d'arrêté du 19 mai 1993 (FF II 1081)

Herr **Cavelty** unterbreitet im Namen der Kommission den folgenden schriftlichen Bericht:

Der Bundesrat unterbreitet der Bundesversammlung den Entwurf zum Bundesbeschluss betreffend das Uebereinkommen über Vergleichs- und Schiedsverfahren innerhalb der KSZE sowie die Vergleichs- und Schiedsverträge mit Polen und Ungarn.

Uebereinkommen über Vergleichs- und Schiedsverfahren innerhalb der KSZE

Nach jahrelangen Bemühungen innerhalb der KSZE unterbreiteten Frankreich und Deutschland am Folgetreffen in Helsinki (24. März bis 10. Juli 1992) einen von der Schweiz unterstützten Entwurf für eine multilaterale Vergleichs- und Schiedskonvention. Aufgrund der Einwände gegen diesen Konventionsentwurf wurde am Sondertreffen in Genf (12. bis 23. Oktober 1992) ein Kompromiss ausgehandelt. Der Text des Uebereinkommens wurde vom KSZE-Rat am 15. Dezember 1992 genehmigt.

Dieses Uebereinkommen ergänzt die auf bilateraler und multilateraler Ebene bestehenden Streitbeilegungsmittel und sieht ein für alle Parteien obligatorisches Vergleichsverfahren und ein freiwilliges Schiedsverfahren vor. Bei der Unterzeichnung des Uebereinkommens formulierte die Schweiz folgenden Vorbehalt: «In Anwendung von Artikel 19 Absatz 4 behält sich der schweizerische Bundesrat die Vergleichs- und Gerichtsverfahren vor, die in den von der Schweiz abgeschlossenen und abzuschliessenden bilateralen Verträgen vorgesehen sind, soweit diese Verfahren einseitig eingeleitet werden können. Er behält sich auch ad hoc vereinbarte und zu vereinbarende Vergleichs- und Gerichtsverfahren für einen besonderen Streitfall oder eine Reihe von besonderen Streitfällen vor.» Auf institutioneller Ebene sieht das Uebereinkommen zwei ständige Organe vor:

1. den Vergleichs- und Schiedsgerichtshof: Jeder Vertragsstaat ernennt zwei Schlichter und einen Schiedsrichter (sowie einen Stellvertreter), die in zwei Listen eingetragen sind; diese beiden Kollegien wählen gemeinsam den Präsidenten des Gerichtshofes (dabei kann es sich um einen Schlichter oder Schiedsrichter handeln); anschliessend bestimmt jedes Kollegium zwei Personen, die mit dem Präsidenten das Präsidium des Gerichtshofes bilden;
2. die Kanzlei, die von einem durch den Gerichtshof ernannten Kanzler geleitet wird.

Der Sitz des Gerichtshofes ist Genf. Der Gerichtshof gibt sich die Verfahrensregeln und unterbreitet sie den Vertragsstaaten des Uebereinkommens zur Billigung.

Das in den Artikeln 20 bis 25 des Uebereinkommens festgelegte obligatorische Vergleichsverfahren sieht vor, dass bei einer Streitigkeit jeder Vertragsstaat die Bildung einer Ad-hoc-Vergleichskommission beantragen kann. Jede der beiden Streitparteien bestellt einen Schlichter; darauf bestimmt das Präsidium nach Befragung der Streitparteien drei weitere «neutrale» Schlichter aus der Liste.

Das in den Artikeln 26 bis 32 vorgesehene Schiedsverfahren ist freiwillig. Die Einsetzung eines Ad-hoc-Schiedsgerichtes kann kraft einer Vereinbarung oder durch einseitiges Ersuchen verlangt werden. Das Schiedsgericht setzt sich zusammen aus den von den Streitparteien auf die Schiedsrichterliste

gesetzten Personen, die von Amtes wegen Mitglieder des Gerichtes sind. Darauf wählt das Präsidium eine Anzahl von Mitgliedern, welche die Anzahl der von Amtes wegen tätigen Mitglieder mindestens um eins übersteigt.

Ein Finanzprotokoll regelt die Berechnung der Kosten, die Erstellung und Billigung des Budgets des Gerichtshofes, die Verteilung der Auslagen auf die Vertragsparteien, die Prüfung der Bücher des Gerichtshofes und damit zusammenhängende Fragen. Dieses Protokoll ist für jeden Vertragsstaat bindend. Die Kosten des Gerichtshofes werden von den Vertragsparteien gemeinsam getragen, wogegen die Streitparteien und beitretenden Parteien für ihre eigenen Ausgaben selber aufkommen.

Angesichts dessen, dass Genf Sitz des Gerichtshofes ist, erwachsen der Schweiz gemäss Finanzprotokoll zweierlei finanzielle Verpflichtungen gegenüber dem Gerichtshof:

– Als Vertragsstaat entrichtet sie einen jährlichen Beitrag an das Budget des Gerichtshofes;
– als Gastgeberstaat des Gerichtshofes trägt sie zunächst für eine Dauer von drei Jahren die Auslagen für die Räumlichkeiten.

Die Beiträge an das Budget des Gerichtshofes werden aufgrund des in der KSZE geltenden Beitragsschlüssels berechnet, wobei sie der Anzahl der Vertragsparteien des Uebereinkommens angepasst werden. Unter der Annahme, dass vorerst zwölf Staaten dem Uebereinkommen beitreten, dürfte der Beitrag der Schweiz zwischen 10 und 15 Prozent des Budgets liegen. Das Budget wird vom Kanzler in Schweizerfranken erstellt und muss durch Konsens der Vertragsparteien gebilligt werden.

Zur Ueberbrückung von Liquiditätsengpässen kann im Bedarfsfall ein Betriebsmittelfonds gebildet werden.

Während die von der KSZE in diesem Bereich verabschiedeten Texte nur politisch bindend sind, ist dieses Uebereinkommen rechtlich verbindlich. Es ersetzt indessen die bilateralen Verträge zur friedlichen Streitbeilegung aus folgenden Gründen nicht:

1. Die meisten von der Schweiz eingegangenen bilateralen Verträge sehen neben einem Vergleichsverfahren ein zwingendes rechtliches Streitregelungsverfahren vor, was das neue Uebereinkommen unterlässt.

2. Die bilateral geschaffenen Vergleichs- und Schiedsverfahren gestatten den Parteien grundsätzlich, bei der Bestellung der Drittmitglieder von Vergleichs- und Schiedskommissionen aktiv mitzuwirken, während im Rahmen des Uebereinkommens diese Aufgabe dem Präsidium des Gerichtshofes zufällt.

3. Das Uebereinkommen ist jederzeit kündbar, wobei die Kündigung ein Jahr nach Eingang der Notifikation wirksam wird. Vergleichs- und Schiedsvertrag mit Polen

Der am 7. März 1925 zwischen Polen und der Schweiz abgeschlossene und im Jahre 1952 von Polen gekündigte Vertrag sah ein ständiges Vergleichsorgan vor und übertrug dem Präsidenten der Vereinigten Staaten die Funktion des Oberschiedsrichters.

Der neue, am 20. Januar 1993 in Warschau unterzeichnete Vergleichs- und Schiedsvertrag greift die Idee des Vertrages von 1925 auf, wonach jede auf diplomatischem Wege nicht beigelegte Streitigkeit einseitig einem Vergleichs- und danach gegebenenfalls einem Schiedsverfahren unterworfen werden kann.

Die Ad-hoc-Vergleichskommission setzt sich aus drei Mitgliedern zusammen: aus je einem von den beiden Parteien bezeichneten und einem dritten, einvernehmlich gewählten Schlichter. Wird kein Einvernehmen erreicht, wird das dritte Mitglied von einer Drittinanz, das heisst vom Generalsekretär des Europarates, ernannt. Die Einsetzung des Ad-hoc-Schiedsgerichtes erfolgt nach demselben Verfahren, mit dem Unterschied, dass hier das allenfalls fehlende dritte Mitglied durch den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes bestimmt wird.

Nicht anwendbar ist der Vertrag auf Streitigkeiten, die vor seinem Inkrafttreten entstanden sind, sowie auf solche, die von den Parteien einvernehmlich einem anderen Beilegungsverfahren zugewiesen wurden.

Jede Streitigkeit, die nicht innert Jahresfrist auf dem Verhandlungswege beigelegt wird, kann durch eine der Vertragsparteien mittels schriftlicher Mitteilung an die andere Vertragspartei einem Vergleichsverfahren zugeführt werden. Der verfahrensauslösende Staat bezeichnet in seiner Mitteilung einen Schlichter, worauf die andere Partei innerhalb von 60 Tagen ihrerseits einen Schlichter zu ernennen hat. Innerhalb weiterer 90 Tage bezeichnen beide Staaten einvernehmlich den dritten Schlichter. Nach ihrer Einsetzung legt die Vergleichskommission ihre Verfahrensregeln fest.

Die Kommission verfasst innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss des Vergleichsverfahrens einen vertraulichen Bericht mit Empfehlungen an die Vertragsparteien. Anschliessend haben die Parteien sechs Monate Zeit, um die Kommission über die Annahme oder Ablehnung dieser Empfehlungen zu informieren.

Jeder auf dem Schlichtungswege nicht beigelegte Streitfall kann einseitig einem Schiedsgericht zugeführt werden. Die Vertragsparteien können überdies vereinbaren, eine Streitigkeit ohne vorheriges Vergleichsverfahren unmittelbar einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Dieses Gericht fällt innerhalb von neun Monaten nach Abschluss des Verfahrens einen begründeten und auf das Völkerrecht gestützten Schiedsspruch, der verbindlich und endgültig ist.

Dieser Vertrag ist auf fünf Jahre abgeschlossen und wird anschliessend stillschweigend für jeweils weitere fünf Jahre erneuert. Er kann sechs Monate vor Ablauf dieser Zeiträume gekündigt werden.

Im Gegensatz zum neuen Uebereinkommen über Vergleichs- und Schiedsverfahren innerhalb der KSZE ermöglicht dieser Vertrag es, inskünftige Streitigkeiten zwischen den beiden Staaten rechtlich verbindlich zu regeln.

Schieds- und Vergleichsvertrag mit Ungarn
Der Schieds- und Vergleichsvertrag mit Ungarn aus dem Jahre 1924 steht noch immer in Kraft, gibt aber Anlass zu verschiedenen Einwänden:

1. Er unterscheidet rechtliche von politischen Streitfällen;
2. die Hinzuziehung eines einzigen Schlichters genügt den heutigen Anforderungen nicht mehr;
3. zwingende gerichtliche Entscheidungsverfahren werden dem Internationalen Gerichtshof zugeleitet.

Dem wird im neuen Vertrag Rechnung getragen, der ein dreiköpfiges Ad-hoc-Schiedsgericht und eine dreiköpfige Ad-hoc-Vergleichskommission vorsieht.

Die meisten Bestimmungen sind identisch mit denjenigen des Vertrages mit Polen. Nachstehend sind die Unterschiede aufgeführt:

1. Der Vertrag mit Ungarn unterscheidet rechtliche von politischen Streitigkeiten: Rechtliche Streitfälle können unmittelbar einem Schiedsgericht vorgelegt werden, dessen Spruch rechtlich zwingend ist; politische Streitfälle können nur einem Vergleichsverfahren zugewiesen werden, dessen Ergebnis rechtlich nicht bindend ist.

2. Der Vertrag mit Ungarn sieht im Gegensatz zu jenem mit Polen nicht vor, dass die Vergleichskommission auch bei Abwesenheit einer Partei ihre Arbeit fortführen kann. Dies wird durch die Bestimmung kompensiert, wonach ein gescheitertes Vergleichsverfahren die Parteien nicht der Pflicht enthebt, ihre Bemühungen um eine friedliche Beilegung der Streitigkeit fortzusetzen (der Vertrag mit Polen enthält keine gleichartige Bestimmung).

3. Im Vertrag mit Ungarn werden der Vergleichskommission neun Monate eingeräumt, um ihren Bericht auszuarbeiten; im Vertrag mit Polen ist diese Frist auf nur sechs Monate angesetzt.

4. Die Anwendung des Vertrages mit Polen ist auf Streitigkeiten begrenzt, die nach dessen Inkrafttreten entstehen, während der Vertrag mit Ungarn keine derartige Einschränkung enthält.

5. Der Vertrag mit Ungarn hebt den vorhergehenden aus dem Jahr 1924 auf, während der frühere Vertrag mit Polen 1952 gekündigt wurde.

Das Uebereinkommen über Vergleichs- und Schiedsverfahren innerhalb der KSZE und die Verträge mit Polen und Ungarn unterliegen nicht dem fakultativen Staatsvertragsreferendum. Sie sind kündbar und bewirken weder den Beitritt zu ei-

ner internationalen Organisation noch eine multilaterale Rechtsvereinheitlichung.

M. **Cavelty** présente au nom de la commission le rapport écrit suivant:

Le Conseil fédéral soumet à l'approbation des Chambres fédérales un projet d'arrêté fédéral concernant la Convention relative à la conciliation et à l'arbitrage au sein de la CSCE, ainsi que les Traités de conciliation et d'arbitrage avec la Pologne et la Hongrie.

Convention relative à la conciliation et à l'arbitrage au sein de la CSCE

Dans le cadre de la CSCE et après de longues années, un projet franco-allemand de conciliation et d'arbitrage, soutenu par la Suisse, a été présenté lors de la Réunion du suivi d'Helsinki du 24 mars au 10 juillet 1992. Ce projet ayant fait l'objet de critiques, un compromis fut trouvé lors de la réunion spéciale convoquée à Genève du 12 au 23 octobre 1992. Le texte de la convention fut approuvé par le Conseil de la CSCE le 15 décembre 1992.

Cet instrument complète les moyens existants de règlement sur le plan bilatéral et multilatéral et institue une procédure généralisée obligatoire de conciliation et une procédure d'arbitrage facultative. En signant la convention, la Suisse a émis une réserve: «En application de l'article 19 paragraphe 4, le Conseil fédéral suisse réserve les procédures de conciliation ou juridictionnelles prévues dans les traités bilatéraux conclus et à conclure par la Suisse, pour autant que ces procédures puissent être unilatéralement déclenchées. Il réserve également les procédures de conciliation et juridictionnelles convenues ou à convenir ad hoc pour un différend particulier ou une série de différends particuliers.»

Les aspects institutionnels de la convention prévoient deux organes permanents:

1. la Cour de conciliation et d'arbitrage. Chaque Etat partie désigne deux conciliateurs et un arbitre (ainsi qu'un suppléant), inscrits sur deux listes. Ensemble, ils élisent le président de la cour – indifféremment un conciliateur ou un arbitre. Puis chaque collège élit deux personnes qui forment avec le président le Bureau de la cour;

2. le Greffe, dirigé par le greffier qui est désigné par la cour. Le siège de la cour est à Genève. Les règles de procédure seront adoptées par la cour et soumises à l'approbation des Etats parties à la convention.

La procédure obligatoire de conciliation, prévue aux articles 20 à 25 de la convention, prévoit qu'à l'occasion de chaque différend tout Etat partie peut demander la constitution d'une commission de conciliation. Chacune des deux parties nomme un conciliateur puis, après consultation des parties, le bureau choisit sur la liste trois conciliateurs «neutres».

La procédure d'arbitrage, prévue aux articles 26 à 32, est facultative. La constitution d'un tribunal arbitral ad hoc peut être demandée soit par voie d'accord, soit par requête unilatérale. Le tribunal est composé de l'arbitre porté sur la liste par chaque partie – membre de droit du tribunal. Le bureau nomme ensuite un nombre de tiers membres, supérieur d'au moins une unité à celui des membres de droit.

Un protocole financier règle le calcul des frais, la préparation et l'approbation du budget de la cour, la répartition des frais entre les Etats parties à la convention, la vérification des comptes et des questions connexes. Tout Etat partie à la convention est lié par ce protocole. Les dépenses encourues par la cour sont supportées par tous les Etats parties; les parties au différend et les intervenants supportant leurs propres frais.

Le siège de la cour étant à Genève, le protocole financier précise les obligations financières de la Suisse envers la cour:

– en tant qu'Etat partie, la Suisse verse sa contribution annuelle au budget de la cour;

– en tant que pays hôte, elle assumera le coût des locaux occupés par la cour pour une période initiale de trois ans.

Les contributions au budget de la cour sont fixées selon le barème de répartition applicable au sein de la CSCE, adapté en fonction de la différence entre le nombre d'Etats membres de la CSCE et celui des Etats parties à la convention. Si l'on sup-

pose qu'initialement douze Etats seront parties à la convention, la participation suisse devrait s'élever entre 10 et 15 pour cent du budget. Le greffier prépare le projet de budget, établi en francs suisses, qui doit être adopté par consensus des Etats parties.

En cas de nécessité, un fonds de roulement peut être créé pour parer au manque de liquidités.

Au contraire des textes adoptés par la CSCE qui sont de nature politique, cette convention crée des droits et des devoirs juridiques. Elle ne remplace cependant pas les traités bilatéraux en matière de règlement pacifique des différends pour les raisons suivantes:

1. La plupart des traités bilatéraux conclus par la Suisse instituent, à côté de la conciliation, une procédure d'arbitrage ou de règlement judiciaire obligatoire, ce que la nouvelle convention ne prévoit pas.

2. Les traités bilatéraux de conciliation et d'arbitrage prévoient qu'en principe les parties peuvent collaborer activement à la nomination des tiers membres des commissions ou tribunaux, alors que, dans le cadre de la convention, cette tâche est confiée au Bureau de la cour.

3. La convention peut être dénoncée à tout moment, la dénonciation prenant effet un an après réception de la notification.

Traité de conciliation et d'arbitrage avec la Pologne

Le traité conclu entre la Suisse et la Pologne le 7 mars 1925 a été dénoncé par la Pologne en 1952. Il prévoyait un organe de conciliation permanent et confiait au président des Etats-Unis le rôle de surarbitre.

Le nouveau traité, signé à Varsovie le 20 janvier 1993, reprend l'idée du Traité de 1925 que tout différend réglé par la voie diplomatique peut être unilatéralement assujéti à la conciliation, puis à l'arbitrage.

L'organe de conciliation ad hoc est composé de trois membres, deux désignés individuellement par les parties, le troisième choisi d'un commun accord. En cas de désaccord, ce dernier est désigné par une instance neutre, le secrétaire général du Conseil de l'Europe. Le tribunal arbitral est constitué de la même façon, sauf que le troisième membre, en cas de désaccord, est désigné par le président de la Cour internationale de justice.

Le traité ne s'applique pas aux différends antérieurs à son entrée en vigueur, ainsi qu'aux litiges dont les Etats parties ont convenu d'un autre mode de règlement.

L'Etat partie peut déclencher la procédure de conciliation par notification dans une période d'une année suite au non-règlement du différend par la négociation. L'Etat notificateur désigne un conciliateur. L'autre partie a 60 jours pour désigner le sien. Dans un délai de 90 jours, les parties doivent s'entendre pour désigner le troisième conciliateur. Une fois la commission constituée, celle-ci fixe ses règles de procédure.

Elle dispose d'un délai de six mois, après que la procédure soit close, pour rédiger son rapport confidentiel, accompagné de recommandations, aux Etats parties. Ces derniers disposent de six autres mois pour accepter ou non les recommandations et en informer la commission.

Tout différend non réglé par la conciliation peut être soumis unilatéralement à l'arbitrage. En outre, les Etats parties peuvent convenir d'acheminer un litige vers l'arbitrage sans passer par la conciliation. La constitution du tribunal arbitral ad hoc suit les mêmes règles que celles de la Commission de conciliation. Le tribunal ad hoc a neuf mois pour rendre son verdict motivé et reposant sur les règles du droit international. La sentence arbitrale est obligatoire et définitive.

Ce traité est conclu pour une période initiale de cinq ans, puis reconduit tacitement pour de nouvelles périodes de cinq ans. Il peut être dénoncé avec un préavis de six mois avant l'échéance de chaque période.

Ce traité va plus loin que la Convention relative à la conciliation et à l'arbitrage au sein de la CSCE, car il tend vers une solution juridiquement obligatoire à tout différend qui surviendrait entre les deux Etats.

Traité d'arbitrage et de conciliation avec la Hongrie

Le Traité d'arbitrage et de conciliation avec la Hongrie datant de 1924 est encore en vigueur, mais fait l'objet de nombreuses critiques, notamment:

1. il fait la distinction entre les litiges juridiques et les différends de nature politique;

2. le recours à un conciliateur unique n'est plus adapté aux exigences actuelles;

3. le règlement juridictionnel obligatoire est confié à la Cour internationale de justice.

Le nouveau traité en tient compte et prévoit un tribunal tripartite ad hoc et une commission tripartite ad hoc de conciliation. La plupart des dispositions correspondent au traité avec la Pologne, à la différence que:

1. le traité avec la Hongrie distingue les différends juridiques des différends politiques. Les premiers peuvent être directement renvoyés à l'arbitrage avec issue contraignante. Les seconds peuvent être réglés uniquement par une procédure de conciliation dont l'issue n'est pas obligatoire;

2. dans l'accord conclu avec la Pologne, la Commission de conciliation peut poursuivre ses travaux en cas de défaut d'une partie, ce qui n'est pas le cas dans le traité avec la Hongrie. Ceci est compensé par le fait que l'échec d'une procédure de conciliation ne délie pas les parties du devoir de continuer les efforts visant à un règlement pacifique – ce qui n'est pas prévu dans le traité avec la Pologne;

3. dans le traité avec la Hongrie, la Commission de conciliation dispose de neuf mois pour élaborer son rapport, alors qu'elle n'en dispose que de six dans le traité avec la Pologne;

4. avec la Pologne, le traité s'applique aux différends postérieurs à l'entrée en vigueur, alors que le traité avec la Hongrie ne prévoit aucune restriction;

5. le traité avec la Hongrie abroge le précédent de 1924. Le précédent traité avec la Pologne a été dénoncé en 1952.

La Convention relative à la conciliation et à l'arbitrage au sein de la CSCE et les traités avec la Pologne et la Hongrie ne sont pas soumis au référendum facultatif. Ils sont dénonçables et n'entraînent ni adhésion à une organisation internationale, ni une unification multilatérale du droit.

Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt einstimmig die Genehmigung des Bundesbeschlusses betreffend das Uebereinkommen über Vergleichs- und Schiedsverfahren innerhalb der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), den Vergleichs- und Schiedsvertrag mit Polen sowie den Schieds- und Vergleichsvertrag mit Ungarn.

Proposition de la commission

La commission propose à l'unanimité d'approuver l'arrêté fédéral concernant la Convention relative à la conciliation et l'arbitrage dans le cadre de la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe (CSCE), le Traité de conciliation et d'arbitrage avec la Pologne, et le Traité d'arbitrage et de conciliation avec la Hongrie.

Huber: Ich bin der Meinung, dass dieses Geschäft nicht ohne eine zusätzliche Wortmeldung über die Bühne gehen darf. Ich meine, dass dieses Uebereinkommen über Vergleichs- und Schiedsverfahren innerhalb der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) unsere besondere Aufmerksamkeit beanspruchen darf, und ich meine, wir sollten ihm, ebenso wie den beiden bilateralen Verträgen, mit Ueberzeugung zustimmen.

Der zentrale Punkt des Uebereinkommens im Rahmen der KSZE entspricht einer Grunddevise unseres Staates und unserer Aussenpolitik: Verhandlungen einerseits, Recht vor Macht andererseits. Wir sind auch da nicht altruistisch. Für den Kleinstaat Schweiz ist die Existenz der friedlichen Streitbeilegung eine Notwendigkeit.

Es gibt aber auch äussere Gründe; ich nehme den trivialsten vorweg, der bei jeder dieser Vorlagen angesprochen werden kann. Wir sind in Genf, und hier ist nicht nur der Sitz der Gerichtsbarkeit vorgesehen, sondern hier haben auch schweizerische Diplomaten in einer Konferenz letztlich den Kompromiss, den wir heute vor uns haben, durchgesetzt. Auf der anderen Seite darf gesagt werden, dass ein Zentralthema der schweizerischen Aussenpolitik und ihrer Diplomatie die friedliche Streitbeilegung ist – Sie können das der Botschaft entnehmen.

Wir handeln demnach wirklich konsequent. Im Bericht 90 des Bundesrates über die Sicherheitspolitik der Schweiz lese ich, dass die friedliche Streitbeilegung ein wesentlicher Teil der Friedensförderung sei. Schliesslich darf ich darauf hinweisen, dass wir von der Uno her – auch wenn wir nicht Mitglied sind – im Dezennum des Völkerrechts leben und die Gutheissung dieser Vorlagen für uns ein valabler Beitrag ist.

Ein letzter Punkt: Wir haben uns in der Parlamentarischen Versammlung der KSZE für die Aufnahme der Ratifizierung in das Schlussdokument eingesetzt, und wir haben uns durchgesetzt. Als Antragsteller und Sprecher der Delegation in Helsinki möchte ich unsere Ueberlegungen hier noch kurz vortragen: Was die Vergangenheit und die friedliche Streitbeilegung angeht, so entnehme ich dem «Neuen Handbuch der schweizerischen Aussenpolitik» in Kapitel 49, redigiert von den Herren Cafilisch und Godet, den folgenden Satz: «L'action de la Suisse en faveur du règlement pacifique des différends, de l'arbitrage en particulier, constitue de longue date une des constantes de sa politique étrangère. La Suisse en effet a toujours considéré que le principe du règlement pacifique des différends était le complément de l'interdiction du recours à la force.»

Was hier für die Vergangenheit und die Geschichte gesagt wird, gilt für die Gegenwart. Für die KSZE als Friedens- und Sicherheitsprozess gehört dieses Abkommen unverzichtbar dazu. Das vorgesehene obligatorische Vergleichsverfahren bildet den Grundpfeiler der Aktion. Dass das Schiedsverfahren noch nicht obligatorisch ist, empfinde ich – zusammen mit vielen – als Lücke. Die Versuchung der Macht ist eben grösser als die Demut vor dem Recht.

In ihrem bilateralen Abkommen unterwirft sich die Schweiz dem Schiedsgericht. Und sie bringt einen Vorbehalt an. Ich bin damit einverstanden; ich bin dankbar dafür. Ich hoffe aufgrund unserer Erfahrungen nur das eine: dass dieser Vorbehalt besser formuliert ist als derjenige, den wir seinerzeit bei der Europäischen Menschenrechtskonvention eingebracht haben und der uns ja nicht zum Ruhm und zur Wohltat gereichte.

Was die Verträge mit Polen und Ungarn angeht, möchte ich jenen mit Polen herausheben. Wir haben hier ein Ziel erreicht: «Letzten Endes ermöglicht es der neue Vertrag zwischen der Schweiz und Polen, jede inskünftig entstehende Streitigkeit rechtlich verbindlich zu regeln.» (Botschaft, Ziff. 34)

1. Ich meine, wir dürfen nicht bei dieser Ermächtigung zur Ratifikation stehenbleiben, sondern wir müssen den Blick in die Zukunft richten. Die friedliche Streitschlichtung – ich bin davon überzeugt – hat eine Zukunft. Aber wir müssen uns Rechenschaft geben, dass mit diesem Abkommen ein uns heute sehr beschäftigendes Problem nicht gelöst ist: die innerstaatlichen Auseinandersetzungen, die Frieden, Sicherheit und Wohlstand in Europa gefährden; das hat mit dem Geltungsbereich des Völkerrechts zu tun. Es wirkt primär interstaatlich, nicht innerstaatlich. Hier bleibt der Uno, der KSZE, der Diplomatie, der Wissenschaft und der Politik viel zu tun.

2. Es ist nicht zu übersehen, dass die Ratifikation sowohl des KSZE-Abkommens als auch der bilateralen Verträge regional, aber auch weltweit ein Signal ist, um die friedliche Beilegung von Streitigkeiten unter Staaten zu fördern; wir sollten von hier aus ein positives Signal aussenden.

3. Es ist der schweizerischen Diplomatie auch in Zukunft zu raten, die Weiterentwicklung dieses spezifischen Teils des Völkerrechts zu fördern, im Wissen, dass die Mühseligkeit bedeutend und dass der Schutz nur unvollkommen bleibt.

4. Damit ist die Erkenntnis verbunden und akzentuiert, dass friedliche Streitbeilegung und Landesverteidigung keine Gegensätze sind, sondern bei der Arglist der Zeit und der Menschen einander ergänzen.

Ich empfehle Ihnen Eintreten und Zustimmung zur Vorlage.

M. Cotti, conseiller fédéral: Je remercie M. Huber d'avoir donné, dans son intervention, toute sa signification et son importance à la convention dont la ratification vous est proposée. Je me permets de faire un peu l'historique et d'ajouter que, si cette convention arrive aujourd'hui à la signature, dans le cadre de la CSCE, c'est grâce aux efforts déployés par notre pays depuis de longues années. Je ne reviens pas aux propo-

sitions présentées par la Suisse dès la création de la CSCE. Pendant plus d'une décennie, notre objectif était d'obtenir une procédure généralisée et obligatoire de conciliation pour les différends interétatiques qui pourraient surgir en Europe.

C'est avec un énorme plaisir qu'après treize ans de négociations on est arrivé, l'année passée, à la signature de cette convention. Affirmer qu'on peut se déclarer entièrement satisfait serait exagéré. En effet, je viens de dire que la Suisse a toujours prôné une conciliation rendue obligatoire, donc à laquelle les Etats signataires auraient dû se soumettre ex officio et sur la base pure et simple de la convention. Il n'a, hélas, pas été possible d'en obtenir autant. Il ne s'agit donc que d'une convention qui prévoit la possibilité d'une conciliation ou d'un arbitrage facultatif, ce qui rend évidemment cet instrument moins important que ce qu'il devrait être. Mais nous considérons tout de même que ce pas est important et je vous remercie, Monsieur Huber, de l'avoir opportunément signalé.

En conclusion, je vous fais remarquer, vous l'ignorez peut-être, que la convention a été signée l'année passée, ici à Genève, dans ce même palais, et que le siège de la nouvelle Cour européenne a été défini – je rappelle cela à M. Coutau qui est encore dans la salle – et installé à Genève. C'est pourquoi nous donnons toute l'importance nécessaire à ce siège genevois. Et vous avez raison de dire, Monsieur Coutau, que c'est une heureuse coïncidence qui nous a fait venir à Genève traiter aujourd'hui cinq sujets. Nous examinons maintenant le dernier qui n'est pas le moindre en importance. Tous sont en relation avec le rôle et la fonction de la Suisse, qui se manifestent et se concrétisent à Genève.

Je remercie donc le Conseil des Etats d'approuver à l'unanimité, je l'espère, la Convention relative à la conciliation et à l'arbitrage au sein de la CSCE.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Art. 1–4

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1–4

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
Für Annahme des Entwurfes*

34 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Nationalrat – Au Conseil national

93.3157

Postulat Bisig

Textilindustrie.

Zutritt zum EG-Markt

Industrie textile.

Accès au marché de la CE

Insbesondere wird der Bundesrat eingeladen, mit der EG so rasch als möglich bilaterale Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, durch eine Weiterentwicklung des Freihandelsvertrages das Problem des passiven Veredelungsverkehrs zu lösen.

Texte du postulat du 18 mars 1993

Le Conseil fédéral est invité à prendre les mesures nécessaires pour permettre à l'industrie textile d'accéder au marché européen, indispensable à sa survie, sans qu'elle ait à subir de discriminations fondées sur l'origine des produits ou imposées par un régime douanier différentiel.

Il est notamment prié d'engager dès que possible des négociations bilatérales avec la CE dans le but de résoudre le problème du trafic de perfectionnement passif en développant l'accord de libre-échange.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Beerli, Bühler Robert, Büttiker, Flückiger, Iten Andreas, Loretan, Martin Jacques, Petitpierre, Rhinow, Rhyner, Rüesch, Salvioni, Schiesser, Schoch

(14)

Bisig: Die aktuelle Wirtschaftskrise trifft die Schweizer Textilindustrie besonders hart. Sie kämpft effektiv ums Ueberleben. Ihre Kundenbeziehungen in Europa sind durch das Nein von Volk und Ständen zum EWR-Vertrag zusätzlich belastet worden.

Die Textil- und Bekleidungsindustrie der EG und der Schweiz sind eng miteinander verflochten. Sie ergänzen und beeinflussen sich gegenseitig. Einerseits gehen rund 70 Prozent der Ausfuhren der Schweizer Textilindustrie, Waren im Wert von rund 2,4 Milliarden Franken, in die EG; der grösste Teil davon ist zur Weiterverarbeitung bestimmt. Andererseits ist die Schweiz mit Einfuhren im Wert von 3,5 Milliarden Franken der wichtigste Kunde der EG im Bekleidungssektor. Durch Präferenzabkommen zwischen der EG und den osteuropäischen Ländern sowie den Mittelmeerstaaten hat die EG-Bekleidungsindustrie die Möglichkeit, ihre Garne und Gewebe zollfrei in diesen Präferenzländern weiterzuverarbeiten, d. h., passiv veredeln zu lassen. Schweizer Produkte unterliegen jedoch nach deren passiver Veredelung durch EG-Kunden in diesen Drittländern bei der Wiedereinfuhr in die EG einer Differenzverzollung. Diese bemisst sich nach dem Mehrwert der im Präferenzland gefertigten Konfektion und kann, gemessen am gelieferten Warenwert, 15 bis 30 Prozent ausmachen. Dass bei diesen Voraussetzungen die Konkurrenzfähigkeit kaum mehr gegeben ist, muss nicht speziell betont werden. Dazu kommt noch die Konkurrenz von Importen aus Billiglohnländern auf dem Schweizer Markt, muss doch für diese infolge der allgemeinen Zollpräferenzen bei der Einfuhr in die Schweiz kein Zoll bezahlt werden. Ein Ausweichen in mögliche Nischen ausserhalb der Bekleidungsindustrie wird bereits praktiziert – dies vor allem im Bereich der stärkeren und resistenteren Kunstfasern. Damit können aber nur rund 20 Prozent der vorhandenen Kapazitäten ausgelastet werden.

Der EWR-Vertrag hätte zwar auch bei einer Annahme durch Volk und Stände keine Lösung der Frage des passiven Veredelungsverkehrs gebracht. Unsere Behörden und die Industrie erhielten aber die Zusicherung der EG-Kommission, dass die EG in der ersten Jahreshälfte 1993 zu diesem Thema Verhandlungen aufnehmen werde. Von den Verbänden der europäischen Textilindustrie lag zudem ein möglicher Lösungsvorschlag vor.

Es sollte darum alles darangesetzt werden, dass diese im EWR vorgesehenen Verhandlungen nun auch im Rahmen des Freihandelsabkommens geführt werden können.

Mit Bezug auf die Textilindustrie ist ein freier europäischer Markt nur gegeben, wenn der passive Veredelungsverkehr zu einem Teil des europäischen Freihandels wird.

Die Diskriminierung der Schweizer Textilindustrie besteht seit vielen Jahren und nimmt durch die steigende Bedeutung des passiven Veredelungsverkehrs in der EG immer schwerwiegendere Dimensionen an. Die Textilindustrie hat als Folge dieser Diskriminierung auf dem für sie mit Abstand wichtigsten Markt schon viele Arbeitsplätze verloren und glaubt, dass rund

Wortlaut des Postulates vom 18. März 1993

Der Bundesrat wird eingeladen, geeignete Schritte zu unternehmen, um der Textilindustrie zu ermöglichen, den für ihre Existenz entscheidenden EG-Markt ohne Diskriminierung durch Ursprungs- und Zollnachteile beliefern zu können.

KSZE. Uebereinkommen über Vergleichs- und Schiedsverfahren. Verträge mit Polen und Ungarn

CSCE. Convention relative à la conciliation et à l'arbitrage. Traités avec la Pologne et la Hongrie

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1993
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	05
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	93.047
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	28.09.1993 - 15:30
Date	
Data	
Seite	690-694
Page	
Pagina	
Ref. No	20 023 368

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.